



Kerstin Griesse

Bundestagsabgeordnete für den
Wahlkreis Niederberg/Ratingen

Vorsitzende des Bundestagsausschusses
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Mitglied im SPD-Parteivorstand

Pressesprecher:
Harald Schrapers
☎ 0163 6820721
presse@kerstin-griesse.de

PRESSEINFORMATION

Parteitag der SPD im Kreis Mettmann · 8. März 2008 in Hilden

Es gilt das gesprochene Wort.

2008 – ein wichtiges politisches Jahr

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

2008 ist ein Jahr, das für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten positiv begonnen hat. Mit der Forderung nach einem Mindestlohn, bei der wir auf große Unterstützung in der Bevölkerung treffen, treiben wir die Union vor uns her. Und gegen Roland Kochs ausländerfeindliche Wahlkampagne haben wir viele Menschen mobilisieren können. Fast hätte in Hessen die SPD die CDU überholt. Vielleicht war es Wolfgang Clement, der die letzten dafür nötigen 3500 Stimmen verhindert hat. Fast hätten wir in Hamburg einen Regierungswechsel mit Michael Naumann geschafft. Nicht geklappt hat der Versuch, die PDS beziehungsweise Linkspartei unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken. Und damit beginnen die Probleme in diesem Jahr – mit der so genannten Linken.

Aber bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich noch einmal ein paar Stichworte zur politischen Ausgangslage im Jahr 2008 sagen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns vorgenommen, dieses Jahr unter das Motto „gute Arbeit“ zu stellen. Gute Arbeit, das ist mehr als Löhne, die man mit Sozialleistungen aufstocken muss. Gute Arbeit, das heißt auch, dass Ältere mehr Chancen bekommen, in Arbeit zu bleiben und Jüngere nicht schon zu Beginn ihres Berufslebens enttäuscht werden und keine Ausbildung bekommen. Gute Arbeit heißt auch, dass ein Konzern wie Nokia nicht an einem Tag Millionengewinne und am nächsten Tag Massenentlassungen verkünden kann. Gute Arbeit, das heißt auch rechtliche Absicherung – und unser deutsches System der Kooperation von Gewerkschaften und Unternehmen, der Tarifautonomie ist ein Qualitätsmerkmal für hohe Qualität in Deutschland. Dafür stehen sowohl die Gewerkschaften als auch viele kleine und mittelständische Betriebe, gerade hier im Kreis Mettmann.

2008 ist das erste Jahr, das wir mit einem neuen Grundsatzprogramm, dem Hamburger Programm, gestalten wollen. Ich bin ausdrücklich nicht der Meinung, dass wir solch ein Programm nach seiner Beschlussfassung irgendwo abheften können. Wir haben mit dem Grundsatzprogramm die Leitlinien für einen fürsorgenden und gleichermaßen vorsorgenden Sozialstaat gelegt. Ganz aktuell bei der Reform der Pflegeversicherung haben wir diesen Maßstab angesetzt und mehr erreicht für die Schwachen in unserer Gesellschaft. Gerade vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft ist diese Reform sehr bedeutend.

2008 ist das zehnte Jahr, in dem die SPD im Bund Regierungsverantwortung trägt. Das hat sich gelohnt für die Menschen in ganz Deutschland. Die Bedingungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung wurden geschaffen, durch den endlich neue Arbeitsplätze entstehen. Unsere Politik für Wachstum und Beschäftigung trägt Früchte. Die Arbeitslosigkeit ist die niedrigste seit 15 Jahren; über 40 Millionen Erwerbstätige – das ist die höchste Anzahl seit Bestehen der Bundesrepublik. Die sozialen Sicherungssysteme sind bei sinkenden Beiträgen gefestigt worden.

Wir wollen und werden in der SPD an einem Strang ziehen, im Bund, im Land, im Kreis Mettmann und in den Städten und unser Profil als die Partei von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität deutlich machen. Wir sind gut aufgestellt und ich möchte an dieser Stelle Thomas Dinkelmann danken, der in den letzten sechs Jahren sehr viel für unsere Kreispartei getan hat. Einen herzlichen Dank auch an Klaus Hänsch, der wie kaum jemand anders Europa verkörpert.

Wir wollen und werden gemeinsam die neuen politischen Perspektiven für den Kreis Mettmann und seine Menschen erarbeiten, wir wollen und werden politische Projekte entwickeln und umsetzen, im Kreis und in den Städten. Wir wollen noch stärker

Menschen in Vereinen, Organisationen und Initiativen zu Partnerinnen und Partnern unseres Handelns machen.

Eines der umstrittensten Themen ist die CO-Pipeline durch die Städte unseres Kreises. Da gibt es einen klaren Dissens zwischen der Kreis-SPD und der SPD-Landtagsfraktion – da gibt es nichts zu beschönigen. Ich finde es richtig, an Bayer die Frage zu stellen, wieso solch eine Kohlenmonoxid-Pipeline einen kilometerweiten Umweg mit zwei Rheinquerungen unternimmt. Und ich frage Bayer, wieso der alte industriepolitische Grundsatz, die benötigten Chemikalien vor Ort herzustellen, nicht mehr gelten soll. Ich habe dazu noch keine zufrieden stellende Antwort gehört.

Der Kreis Mettmann ist ein schöner und attraktiver Kreis zwischen den Metropolen. Von Monheim am Rhein bis nach Langenberg. Mit dem Neanderthal-Museum zwischen Erkrath und Mettmann, das weit über den Kreis Bekanntheit erlangt hat und von uns alle zwei Jahre zur Verleihung des „NeanderThalers“ genutzt wird. Mit schönen Freizeitgebieten wie dem Düsseltal, dem Neandertal und dem Angertal, der Haan-/Hildener-Heide, mit einer lebhaften Museumslandschaft mit Haus Cromford in Ratingen, dem Schloß- und Beschlägemuseum in Velbert, das Museum Fabry in Hilden oder auch das Stellarium in Erkrath/Hochdahl. Es lohnt sich, im Kreis Mettmann zu leben und den Kreis Mettmann zu besuchen. Zu einer guten Kreispolitik gehört auch, die Stärken der zehn Städte im Kreis zu betonen und besser gemeinsam für den Kreis zu werben. Der Kreis Mettmann ist einer der reichsten Kreise Deutschlands und dennoch haben wir Nothaushaltsgemeinden wie Monheim und Wülfrath, denen geholfen werden muss, sonst können sie sich aus der Umklammerung ihrer Schulden nicht mehr lösen. Nothaushaltsgemeinden können wichtige Leistungen – insbesondere für die Kinder – nicht mehr erbringen. Dadurch werden die ärmeren Städte und in ihnen die ärmeren Menschen betroffen und noch mehr benachteiligt.

Ich finde, die Städte im Kreis könnten noch besser zusammenarbeiten. Beispielhaft ist die „Schlüssel-Region“ der Städte Heiligenhaus und Velbert, die wirtschaftliches Know-how austauschen und mit umliegenden Hochschulen eng zusammenarbeiten. Die interkommunale Zusammenarbeit könnte auch und gerade ärmeren Gemeinden helfen, ihre Finanzen zielgerichteter einzusetzen. Im Sinne der Menschen in unseren Städten. Ich möchte, dass die Menschen im Kreis Mettmann uns, die SPD, mit dem Engagement für soziale Gerechtigkeit, für ein solidarisches und friedliches Miteinander in den Städten, für eine ökologisch nachhaltige Politik, für mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit, für Investitionen in Bildung und für einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern

verbinden. Das ist unsere gemeinsame sozialdemokratische Politik vor Ort. Die vielen von euch, die in der Kommunalpolitik aktiv sind, wissen das, und ich möchte mich an dieser Stelle einmal ganz herzlich für euer Engagement bedanken, dass oft viel Zeit und Energie fordert.

Ich habe bereits gesagt, dass ich auf die Frage der Linkspartei noch einmal eingehen möchte. Denn es geht um eine Menge. Bei der Kernfrage habe ich es immer mit Franz Müntefering gehalten. Der hatte bereits im August des letzten Jahres erklärt, Koalitionen seien ausschließlich Sache der Landesverbände. Damals wurde Münteferings Äußerung als ein Angriff auf den Parteivorsitzenden Beck interpretiert. Wahrscheinlich kannte Müntefering aber einfach nur unser Parteistatut. Und das kennt nun einmal keinen Demokratischen Zentralismus. Wenn ich sage, es ist Sache der Landesverbände, heißt dies natürlich auch, dass Landesverbände die Freiheit und die Verantwortung haben zu entscheiden.

Aber machen wir uns nichts vor: es geht nicht um formale Satzungsfragen und Zuständigkeiten. Wir brauchen auch keine Personaldebatten, sondern wir brauchen die inhaltliche Debatte. Es geht um die Sache: Will ich eine Koalition mit der West-PDS? Und da hat die ganze SPD selbstverständlich mitzureden. Denn es geht dabei nicht zuletzt auch um die Wahlchancen bei den nächsten Wahlen. Es geht um die Sache – das möchte ich hier noch einmal betonen. Es geht nicht um Personen. Die Personaldebatte, die von den Medien gegen Kurt Beck angeheizt wurde und jetzt von interessierten Kreisen in unserer Partei gegen Peer Steinbrück befeuert wird, muss ein Ende haben.

Ich sage es ganz deutlich: Ich will, dass wir, die SPD, die linke Volkspartei in Deutschland sind und bleiben. Ich will, dass wir Menschen ansprechen und gewinnen können, von links bis zur Mitte. Volkspartei bleiben wir nur, wenn wir bis in die Mitte der Gesellschaft hinein ausstrahlungskräftig sind und wenn wir regierungsfähig sind. Wir wollen gestalten, wir wollen sozialdemokratische Mehrheiten, wir wollen regieren.

Und noch ein ganz deutliches Wort: für mich gilt der Grundsatz in der Politik: Sagen, was man tut und tun, was man sagt (Johannes Rau). Wenn man vor einer Wahl eine so wichtige Aussage macht, wie die Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der Linkspartei, dann kann man es danach nicht tun. Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit sind das wichtigste, damit das Vertrauen in die Politik und die Menschen, die sie machen, Bestand hat. Wenn man aber vor einer Wahl fast alle Zusammenarbeiten ausschließt, dann programmiert man die Katastrophe vor.

Zur Politik einer linken Volkspartei gehört für mich zentral, dass wir uns für einen starken Staat und

gegen den Privatisierungswahn, den sich auch hier die NRW-Landesregierung auf die Fahnen geschrieben hat, einsetzen. Der starke Staat nicht als Selbstzweck – sondern nur da, wo er notwendig ist. Eine der wichtigsten Aufgaben ist für mich die Zurückdrängung der Kinderarmut. Gerade wir als linke Volkspartei kämpfen um gute Chancen für jedes Kind, deshalb setzen wir uns für einen zukunftsfähigen Sozialstaat ein, der handlungsfähig ist, der eingreift. Ein modernes Gemeinwesen, das seinen Zusammenhalt bewahren will, kommt ohne einen starken, zupackenden und gut ausgestatteten Sozialstaat nicht aus. Dafür setzt sich die SPD ein. Wir haben dafür gesorgt, dass sich Staat und Gesellschaft insgesamt mehr um Kinder kümmern. Kinderkrippen und Ganztagsangebote in Kindergärten und Grundschulen sind ein entscheidender Politikwechsel, den die rot-grüne Regierung eingeleitet hat. Davon müssen ganz besonders auch die Kinder in den sozial benachteiligten Stadtteilen profitieren. Wir müssen uns dafür verantwortlich fühlen, jedes einzelne Kind aus dem fatalen Kreislauf herauszuholen, zu dem gleichermaßen Bildungsarmut, fehlende Sprachkenntnisse, Fehlernährung und Bewegungsmangel gehören. Insgesamt vier Milliarden Euro zahlt der Bund in der Zeit bis 2013 für den Ausbau der Kinderkrippen. Das hat die SPD, das hat Peer Steinbrück durchgesetzt: wir haben gemeinsam erreicht, dass dieses Geld auch in die Personal- und Betriebskosten der Krippen fließt – damit es direkt bei den Kindern ankommt. Dieses Geld müssen die Länder an die Kommunen weitergeben, um den fest vereinbarten Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Geburtstag erfüllen zu können. Einige Städte im Kreis Mettmann haben bereits Vorarbeit geleistet. In manchen Städten sieht es aufgrund von offenen oder versteckten Vorbehalten seitens der CDU noch nicht so gut aus.

Ein anderes wichtiges Thema, das der CDU noch erhebliche Probleme bereiten wird, ist das auf acht Jahre verkürzte Gymnasium. Die jetzt bekannt gewordenen angeblichen Verbesserungen werden nicht helfen, sie kommen viel zu spät. Ich finde es gut, wie Kurt Beck im benachbarten Rheinland-Pfalz, wo er eine äußerst pragmatische und übrigens immer noch sozialliberal geprägte Politik macht, entschieden hat. Das G8 gibt es nur an Ganztagsgymnasien. Und ansonsten bleibt es beim Abitur in der 13. Klasse.

Wir sollten uns den Begriff „links“ nicht wegnehmen lassen. Schon gar nicht von Gysi und Lafontaine. Ihre sich „links“ nennende Partei ist in Wahrheit alles Mögliche: Sie ist populistisch, sie ist rückwärts gewandt, sie ist in großen Teilen vorgegriffen. Das sagte einmal Matthias Platzeck. Er fragte: Seit wann steht denn „links“ für Abschottung? Seit wann ist es denn „links“, mit dem Begriff

„Fremdarbeiter“ zu argumentieren? Seit wann ist es denn „links“, die Wirklichkeit zu ignorieren? „Links“ ist etwas völlig anderes. „Links“ ist ein Begriff von Gerechtigkeit, der sich an Freiheit und Gleichheit orientiert. „Links“ bedeutet, alles zu tun, um bessere Lebenschancen für mehr Menschen zu schaffen. „Links“ bedeutet immer Bewegung und Aufbruch. „Links“ bedeutet Aufklärung, Ideen und Zuversicht. „Links“ bedeutet Weltoffenheit und nicht Abschottung, bedeutet Kreativität und nicht Verweigerung. Das ist „links“. Das ist moderne Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert. Das ist die beharrliche Arbeit daran, dass unter den neuen Bedingungen dieses Jahrhunderts neue Chancen für möglichst viele erarbeitet werden können: mit immer besserer Vermittlung und Förderung in der Arbeitsmarktpolitik, mit immer besserer Betreuung unserer Kinder, mit mehr Ganztagschulen, mit einer Familienpolitik, die Familie und Beruf vereinbar macht, mit hervorragender Bildung für alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, mit Rücksicht auf die älter werdende Gesellschaft, mit sicheren Renten, mit mehr Fürsorge für diejenigen, die gepflegt werden müssen. Das ist die Marschroute unserer Politik – und wir haben sehr viel davon bereits umgesetzt. Ich bin stolz auf die rot-grüne Regierungszeit und ich bin stolz auf das, was wir sogar in der Großen Koalition mit ihrem sozialdemokratischen Anteil erreicht haben.

Wenn ich mich hier deutlich gegen Koalitionen und Kooperationen mit der Linkspartei ausspreche, dann geht es dabei nicht nur darum, dass wir in Gefahr schweben, die Mitte zu verlieren. Sondern wir verlieren genauso bei den Vernünftigen auf der linken Seite, wenn wir es als selbstverständlich hinnehmen, dass die Linkspartei unser natürlicher Partner ist. Dann landen wir im Status der 20 plus X Partei und sind die längste Zeit eine Volkspartei gewesen. Ich möchte diesen Weg nicht gehen. In der Bundespolitik geht es nicht mit der Linkspartei/PDS und im Land müssen wir daran arbeiten, dass sie gar nicht erst in den Landtag kommen.

Ich halte auch nichts von Vergleichen zwischen den Grünen in den Achtzigern und der heutigen PDS-Linkspartei. Die Grünen standen für neue politische Inhalte, Bürgerinitiativen und Bürgerrechte, das ökologische Bewusstsein. Sie konnten sich auf die neuen sozialen Bewegungen stützen.

Der Linkspartei fehlt der inhaltliche Aufbruch, sie stützen sich auf die Positionierungen des letzten Jahrhunderts. Sie sehen alle Menschen als Opfer verschiedenster Umstände und meinen, mit großen Mengen von Geld sei Abhilfe zu schaffen. Aber sie verraten dabei nicht, woher das Geld kommen soll. Im Westen ist die soziale Basis dieser Partei erschreckend dürr. Sie ist ein „Phantom“ wie Hannelore Kraft sagt. Selbst in der Bundeszentrale der Linkspartei heißt es: „In unserem NRW-Verband

gibt es alle Sektierer dieser Welt“. In NRW sind die Alt-Leninisten der DKP, die von England gesteuerten Linksruck-Trotzkisten mit ihrer Unterwanderungsstrategie und andere kommunistische Sekten eher noch stärker vertreten als in den anderen West-Bundesländern. Diese Partei soll koalitionsfähig sein? In Wülfrath sind viele Jahre Erfahrungen im Stadtrat mit solchen Gruppen gemacht worden. Ich halte es auch für unsere moralische Pflicht gegenüber unserer Geschichte, mit denen, die Unfreiheit verteidigt haben und für die DDR-Staatsicherheit gearbeitet haben – und davon sitzen noch einige im Bundestag – mit diesen Leuten nicht zusammen zu arbeiten.

Im Übrigen halte ich eine Tolerierung durch die Linkspartei für keinen Deut besser. Denn: das ist quasi deren Traumrolle – mitbestimmen dürfen und gleichzeitig Opposition zu sein. Damit können sie die SPD ständig am Nasenring durch die Manege führen. Das haben sie in Hessen gerade versucht.

Ich bin dafür, dass die SPD sich auf ihre eigene Stärke besinnt. Es gibt in Deutschland seit 1998 keine Mehrheit mehr für schwarz-gelb. Es gibt in der Bevölkerung eine Präferenz für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Durch Vorfälle wie den Karawanenkapitalismus a la Nokia und die kriminelle Liechtenstein-Connection wird dieses Gefühl noch verstärkt. Die Menschen erwarten, dass daraus Politik gemacht wird.

Um Politik umzusetzen, müssen wir uns Koalitionsoptionen offen halten. Dazu gehört natürlich rot-grün, aber auch die Ampel und zur Not auch die große Koalition. Eine Festlegung auf die Linkspartei bedeutet hingegen eine babylonische Gefangenschaft, weil sie uns all der anderen Optionen beraubt.

Dass wir uns Koalitionsoptionen offen halten, gilt auch für uns in den Kommunen. Da sieht die Situation überall anders aus. Selbst die Behauptung, dass das Fünf-Parteien-System überall schon zur Normalität gehöre, ist Unfug. In Heiligenhaus sitzen beispielsweise nur drei Parteien im Stadtrat. Und in Velbert gibt es so viele, dass ich immer wieder den Überblick verliere. Im Bundestag haben wir es mit sechs Parteien zu tun, denn die CSU vertritt – zumindest in den Themen meines Ausschusses – meistens andere Positionen als die CDU. Ich will, dass wir dafür kämpfen, dass die Linkspartei nicht zur Normalität wird und deshalb müssen wir um die Wählerinnen und Wähler der Linkspartei kämpfen. Dass sie und auch die vielen Nichtwähler zu uns kommen oder zurückkommen.

Wir werden in NRW selbstbewusst in das nächste Jahr gehen. Mit der monatelangen Vorverlegung der Kommunalwahl versucht die FDP, das Wahlergebnis schamlos zu manipulieren. Sie will, dass möglichst wenig Menschen zur Wahl gehen. Wenn man die Europawahl und die Kommunalwahl zu-

sammenlegt, wie die FDP das in NRW will, dann hat man 20 Prozent weniger Wahlbeteiligung, als wenn man die Kommunalwahl und die Bundestagswahl zusammenlegt, wie wir das wollen. Ich halte das Spiel der Landesregierung für einen Skandal.

Günter Scheib hat euch eben im Namen der Stadt Hilden als einziger Bürgermeister der SPD im Kreis Mettmann begrüßt. Ich will dafür kämpfen, dass Günter Scheib nach der Kommunalwahl sozialdemokratische Kolleginnen und Kollegen in der Bürgermeisterrunde an seiner Seite hat.

Wir werden um das Landratsamt kämpfen – Ulrike Haase hat beim letzten Mal dort einen tollen Wahlkampf vorgelegt – und wir werden unsere Position in den Stadträten entscheidend stärken. Die Kandidatur von Peer Steinbrück ist ein Gewinn für die SPD im gesamten Kreis Mettmann. Peer Steinbrück ist nah bei den Menschen. Das sieht man in den Veranstaltungen die er macht, an der medialen Wirkung, die hervorragend ist, zuletzt waren beim gut besuchten Jahresempfang der SPD – letzten Samstag in Erkrath, so viele Gäste wie noch nie. In seiner Sprechstunde war das Seniorenzentrum der AWO überfüllt.

Zusammen mit Peer Steinbrück haben wir sehr gute Chancen, beide Bundestagswahlkreise zu gewinnen. Und das bedeutet den Rückenwind für die Landtagswahl 2010, bei der wir die Niederlage vom letzten Mal ausbügeln müssen.

Ich freue mich, dass wir junge Leute als Neumitglieder in der SPD begrüßen können. So hat sich vor einigen Wochen in Ratingen eine neue Juso-AG gegründet. In Langenfeld sind in den letzten Jahren viele jüngere Leute in die aktive Arbeit eingestiegen und Mettmann hat eine sehr positive Mitgliederbilanz, an der die Beitritte junger Leute erheblichen Anteil haben. Hier muss angesetzt werden. Wir sollten einen Schwerpunkt beim Thema „Mitgliederwerbung“ und „Mitgliederbetreuung“ setzen. Das ist mein Vorschlag für unsere gemeinsame Arbeit.

Wenn wir selbstbewusst mit unseren Themen und unserer stolzen Geschichte von über 140 Jahren den Menschen gegenüber treten, haben wir gute Chancen. Wenn wir uns verstecken, wenn wir glauben, wir sollten die Jahre der rot-grünen Regierung und die 10 Jahre der SPD an der Regierung im Bund ungeschehen machen haben wir hingegen keine Chance. Ich stehe zu dem, was wir erreicht haben. Und ich will für die Zukunft noch mehr erreichen. Mit euch gemeinsam. Im Team. In einer starken SPD im Kreis Mettmann. Dafür bitte ich euch um Unterstützung.

Vielen Dank.